



VAdM-Kurier

46. Ausgabe: Juni 2023

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
46. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im Juni 2023

Inhalt:

editorial	Seite	1
Vorschlag für ein neues UN-Quartier	Seite	2
Kulturhauptstadt 2023: Ulmer Schachtel in Temeswar	Seite	5
<i>Gesellschaft und Politik</i>	Seite	6
Offener Ukraine-Brief an die BT-Abgeordneten (2014)	Seite	6
Blick in den Osten	Seite	7
<i>Krieg und Frieden: Die deutsch-russischen Beziehungen</i>	Seite	8
Bertha von Suttner: Folgen der Haager Friedenskonferenz (Schluß)	Seite	8
Die Reichsgründung 1871: Die Emser Depesche und der Deutsch-Französische Krieg (Schluß)	Seite	11
Literaturempfehlungen	Seite	13
Impressum	Seite	13

Bilder unten: Impressionen aus Temeswar (Kulturhauptstadt 2023)

editorial

Europa erlebt einen heißen Sommer, und das nicht nur klimatisch bedingt, sondern auch politisch: Ein Ende der Kriegshandlungen und des Leidens der Zivilbevölkerung in der Ukraine ist nicht in Sicht. Nach dem gescheiterten Söldneraufstand in Rußland stehen die Kremlauguren vor mehr Fragen als Antworten.

Die ersten Klimaaktivisten, soweit sie nicht gerade an einer Straße kleben, melden sich zaghaft zu Wort und warnen vor einer zunehmenden Umweltbelastung der Ostukraine durch Kriegseinwirkungen; inwieweit die Kampfhandlungen auch Auswirkungen auf die diesjährige Getreideernte haben wird, macht man sich offensichtlich noch kein Sorgen.

Vor den Parlamentswahlen im September bringt die rechtskonservative polnische PiS-Partei erneut Reparationsforderungen an die Bundesrepublik auf's Tapet. Um den Druck auf Berlin zu erhöhen, hat man bereits im letztes Jahr die finanziellen Zuschüsse für den Deutschunterricht der deutschen Minderheit gekürzt.

Vadim Derksen

Herbert Karl



Alfred de Zayas zum Vorschlag die UN aus NY zu verlegen

von Alfred de Zayas

Die Welt hat sich seit 1945 grundlegend verändert. Das Gleichgewicht der Mächte, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg bestand, hat sich zu einer multipolaren Weltordnung verschoben, welche der Bedeutung neuer Machtzentren Rechnung trägt.

Neue geopolitische Gruppierungen wie BRICS[1] – ursprünglich bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – fordern die Hegemonie des G7-Blocks und der bisher führenden Volkswirtschaften heraus. Neunzehn Länder haben ihr Interesse bekundet, BRICS beizutreten[2], darunter Algerien, Argentinien, Ägypten, Mexiko, Nigeria, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate[3]. Eine der Entwicklungen deutet auf die Herausbildung einer BRICS-Währung hin, welche die De-Dollarisierung des internationalen Handels beschleunigen wird[4].

Während sich die neue „globale Mehrheit“ ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht bewusst wird, muss ein neuer Modus vivendi mit dem „kollektiven Westen“ gefunden werden. Die Vereinten Nationen bieten das geeignete Forum, um eine friedliche Koexistenz auf Grundlage der Werte der UN-Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sicherzustellen.

Soll das UN-Hauptquartier von New York weg verlegt werden?

Mittlerweile werden Stimmen laut, die einen Verbleib des UN-Hauptquartiers in New York in Frage stellen und es angebracht fänden eine Verlegung in Betracht zu ziehen. Die meisten UN-Büros befinden sich immer noch in New York, darunter DESA, OCT, UNDEF, UNDT, UNODA, UNICEF und natürlich der UN-Sicherheitsrat, die Generalversammlung und der Generalsekretär selbst.

Dazu gibt es zwei UN-Standorte in Europa mit Sitz in Genf und Wien. Die Schweiz beherbergt derzeit Unterorgane und assoziierte Organisationen, darunter OHCHR, UNHCR, UNCTAD, ILO, ITU, WHO, WIPO und WTO, während in Österreich die IAEA, UNODC, UNIDO und IAEO domiziliert sind. In Paris, Frankreich befindet sich UNESCO und in Montreal, Kanada die ICAO. In Lateinamerika richtete die UN ein Regionalbüro in Santiago de Chile ein. In Afrika wird in Nairobi, Kenia das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) beherbergt. Die Verteilung der Standorte zeigt, dass die UN überwiegend US- und europazentriert ausgerichtet ist – ein Umstand, der sich auch auf die Politik und Unabhängigkeit der UN auswirkt.

Mehr und mehr Länder bemängeln die Art und Weise, in der die US-Administration ihren Verpflichtungen als Gastgeber der Organisation nachkommt. Im Jahr 2020 musste sich der Sechste Ausschuss der Generalversammlung mit Beschwerden gegen die USA wegen Nichteinhaltung des *Abkommens zum Hauptsitz*[5] einlassen. In einem gemeinsamen Schreiben aus dem Jahr 2021 protestierten ständige Vertreter von sechs Ländern gegen Washingtons anhaltende Verletzung jenes Abkommens und forderten, dass die Causa zur Beilegung an ein Tribunal zu verweisen wäre[6].

Gehäufte Verstöße gegen das *Abkommen zum Hauptsitz* durch die US-Regierung und anhaltende Spannungen aufgrund der Hegemonialansprüche der USA gegenüber dem Rest der Welt, haben denjenigen Auftrieb verliehen, die eine Verlegung des UN-Hauptquartiers auf neutralen Boden vertreten. Über die vergangenen 77 Jahre haben die Vereinigten Staaten nicht nur das *Abkommen zum Hauptsitz der UN*, sondern auch das *Wiener Übereinkommen zu diplomatischen Beziehungen* (1991) wie auch das *Wiener Abkommen zur Repräsentanz von Staaten und ihren Beziehungen zu internationalen Organisationen universellen Charakters* verletzt: Das hat es für die UNO zunehmend schwierig gemacht, ihrer Arbeit ungestört bzw. ohne Probleme logistischer Natur nachzugehen, welche sich aus den Diktaten und der Willkürpolitik von Washington ergeben.

Die Verlegung des UN-Hauptquartiers wurde zum Thema, nachdem Äußerungen von Mitgliedern des US-Kongress den Zielen der Vereinten Nationen unverhohlen feindlich gegenüberstehen. So gelangten Vertreter einiger Mitgliedstaaten zur Ansicht, dass ein Wechsel des Standortes die Arbeit der Organisation künftig effizienter gestalten ließe: Viele Delegationen beklagen Schwierigkeiten zur Visabeschaffung für die Einreise in die Vereinigten Staaten[7].

Ich erinnere mich, als Yasser Arafat im November 1988 das Einreisevisum für die USA verweigert wurde[8] und nachdem die Generalversammlung tatsächlich nach Genf umgezogen war, dort Arafat mit Standing Ovation empfangen wurde, als er am 13. Dezember 1988 das Podium betrat[9]. Als junger Mitarbeiter des UN-Zentrums für Menschenrechte unter dem damaligen Direktor Jan Martenson habe ich das Ereignis persönlich mitverfolgt und mit meinen Kollegen im Sekretariat zum Thema gemacht.

Die aktuellen Probleme von Sergej Lawrow und seiner Delegation mit den begleitenden Medienvertretern[10] sind nicht neu: Kubanische, iranische, nicaraguanische, syrische und venezolanische Diplomaten hatten viel früher schon eine solch diskriminierende „Bürokratie“ unter von Washington angeordneten Visa-Entzügen erfahren müssen.

Bild: Die UNO-City Wien (Unser Mitteleuropa/1.05.2023)

Fortsetzung auf S. 3



Fortsetzung von S. 2

Besagte Missstände wurden bekannt gemacht ohne sichtliche Verbesserungen nach sich zu ziehen. So wäre es hilfreich, wenn Mitglieder des Sicherheitsrates den Vorschlag zur Verlegung ergreifen könnten, um eine gründliche Diskussion in der Generalversammlung anzustoßen und eine Resolution zu erwirken, die eine Kommission zur Prüfung von Vor- und Nachteilen des möglichen Umzugs einsetzt.

Lawrows Erklärungen vor dem Sicherheitsrat am 25. April

Der russische Außenminister Sergej Lawrow leitete am 25. April die Sitzung des Sicherheitsrats und nutzte die Gelegenheit, um auf die Idee das UN-Hauptquartier zu verlegen, einzugehen. Er sprach in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Missständen an:

„Im verzweifelten Versuch, ihre Dominanz über Bestrafung Nicht-Folgsamer auszuüben, haben die USA versucht, die Globalisierung zu zerstören, welche sie viele Jahre lang als größten Fortschritt der Menschheit angepriesen hatten.“

Lawrow kritisierte die Praxis der USA und ihrer Verbündeten, jeden, der anderer Meinung sei, auf eine schwarze Liste zu setzen, um den Rest der Welt zu signalisieren, dass *alle, die nicht mit den USA mitliefen, gegen sie wären*. Lawrow betonte, dass die „westliche Minderheit“ kein Recht hätte, für die ganze Welt zu sprechen, wobei ihre sogenannte „regelbasierte Ordnung“ einer Ablehnung der in der UN-Charta verankerten souveränen Gleichberechtigung aller Staaten gleichkomme. Er machte sich über die umstrittene Aussage von EU-Kommissar Josep Borrell lustig, der vom europäischen „Garten“ dem ein „Dschungel draußen“ gegenüberstünde, sprach.

Auf derselben Sitzung im Sicherheitsrat bemängelte Lawrow, dass der Westen den „dreisten Versuch“ unternähme, die UNO zu unterwerfen, indem er deren Sekretariate und andere internationale Institutionen vereinnahme. Er bemängelte, dass Washington und seine Verbündeten ihre Diplomatie aufgegeben hätten, um ihr Schlachtfeld in die Hallen der UN zu verlegen, die jedoch dazu geschaffen worden war die Schrecken des Krieges zu verhindern.

Lawrow argumentierte, dass wahrer Multilateralismus erforderlich mache, dass sich die Vereinten Nationen an objektive Trends einer aufkommenden Multipolarität in internationalen Beziehungen anpassen. Dementsprechend sollte der Sicherheitsrat reformiert werden, um die Vertretungen aus Afrika, Asien und Lateinamerika zu stärken, da die derzeitige „exorbitante Überrepräsentation“ des Westens „das Prinzip des Multilateralismus untergräbt“[11]. Wie zu erwarten, wiesen die westlichen Diplomaten Lawrows Äußerungen zurück[12].

Das UN-Abkommen zum Hauptsitz mit den USA

Das Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und den USA vom 26. Juni 1947[13] sieht in Artikel IX die Möglichkeit vor, das UN-Hauptquartier an einen anderen Ort zu verlegen. Abschnitt 23 bestimmt:

„Der Sitz der Vereinten Nationen darf nicht aus dem Hauptquartier entfernt werden, es sei denn, die Vereinten Nationen entscheiden dies.“

In Abschnitt 24 heißt es:

„Dieses Abkommen tritt außer Kraft, wenn der Sitz der Vereinten Nationen aus dem Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten verlegt wird, unter Ausnahme der Bestimmungen, die im Zusammenhang mit der geordneten Beendigung der Tätigkeit der Vereinten Nationen an seinem Sitz in den Vereinigten Staaten und mit der Verfügung über sein Vermögen dort, anwendbar sind.“

Wie New York zum UN-Hauptquartier wurde

Man darf nicht vergessen, dass die Idee, die Arbeit des Völkerbunds fortzusetzen, sehr stark den Gedanken von Präsident Franklin Delano Roosevelt entsprach. Natürlich sollte die neue Organisation die Kräftebalance von 1945 widerspiegeln und von der alten Welt in eine neue überführen. Darüber hinaus sei erinnert, dass die UN-Charta im Zuge einer Sitzung in San Francisco im April-Juni 1945 ausgearbeitet worden war[14]. So war es keine Überraschung, dass die Vereinten Nationen nach Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zum unangefochtenen Hegemonen ihren Hauptsitz in den USA aufschlagen sollte. Viele andere Städte bemühten sich um die Auszeichnung, der UNO Standorte anzubieten.

Seit 1945 operierte die UNO von ihrem provisorischen Hauptquartier in Lake Success, New York[15], während die Organisation noch zusätzlich am alten Sitz des Völkerbundes in Genf und in Paris im Palais Chaillot tagte, wo die Generalversammlung am 9. Dezember 1948 die *Völkermordkonvention* und am 10. Dezember 1948 die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* verabschiedete.

Das Gebäude des UN-Sekretariats auf Manhattan Island wurde von 1946 bis 1951 am Ufer des East Rivers in New York errichtet: Es war ein im sogenannten „internationalen Stil“ entworfener Wolkenkratzer auf einem Grundstück, das John D. Rockefeller den Vereinten Nationen geschenkt hatte und für 8,5 Millionen Dollar erworben hatte. UN-Mitarbeiter begannen im August 1950 mit dem Einzug. Das Gebäude ist 154 m hoch mit insgesamt 39 Stockwerken. Obwohl sich das UN-Gebäude in den USA befindet, unterliegt der Standort einer UN-Gerichtsbarkeit. Im Zuge ihrer Expansion erwarb die UNO viele weitere Objekte im Großraum New York.

Aufgrund des *UN-US Headquarters Agreement* (11 UNTS 11) wurde der Hauptsitz der UN in New York eingerichtet (A/RES/25(1)). Die Vereinbarung ist unbefristet und kann bei Bedarf geändert oder aufgelöst werden. In der Resolution A/RES/22(1) billigte die Generalversammlung die Konvention über Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen. Resolution 99(1) der Generalversammlung ermächtigte den Generalsekretär zum Abschluss eines *Hauptsitz-Abkommens* mit den USA auf Grundlage von Resolution A/67 und des darin enthaltenen Entwurfs zusammen mit den abzuschließenden Vorkehrungen für ein vorläufiges Abkommen in Bezug auf die Vorrechte, Immunitäten und Einrichtungen des UN-Hauptquartiers[16].

Fortsetzung auf S. 4

Hindernisse für einen Umzug

Ein Umzug in bestehende UNO-Büros in Genf oder Wien wäre einfacher, da die Infrastruktur bereits vorhanden ist. Allerdings würde es noch mindestens fünf Jahre dauern und hohe Kosten verursachen. Das UN-Budget befindet sich stets am Limit. Die Kehrseite eines solchen Schrittes wäre, dass der Standort eurozentrisch bliebe und die Bestrebungen einer „globalen Mehrheit“ nicht ausreichend erfüllt, um die Vereinten Nationen der gesamten Menschheit zugutekommen zu lassen.

Wie allseits bekannt, steht die Biden-Administration der UNO feindlich gegenüber, will sie jedoch in Verfolgung ihrer geopolitischen Agenda instrumentalisieren. Doch schon im Jahr 2017, während der Regierung unter Donald Trump, verfolgten einige republikanische Mitglieder des US-Repräsentantenhauses einen Gesetzesentwurf, um die UN-Mitgliedschaft der USA wieder zurückzunehmen und die UNO aufzufordern, und ihren US-Standort zu räumen, obwohl die Organisation mit über 3,3 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu den Einnahmen von New York City beiträgt und einigen Tausend amerikanischen Bürgern lukrative Arbeitsplätze bietet.

Es existiert kein „Protokoll“ für eine Verlegung des UN-Hauptquartiers. Zunächst müsste es eine Diskussion in der Generalversammlung mit Erstellung von Berichten und „Folgenabwägungen“ geben. Als Hauptsache bleibt, eine Debatte anzustoßen und sich auf die Medien zu verlassen, um die Hauptgründe für einen solchen Schritt zur Diskussion zu stellen. Es gibt legitime Missstände, die die USA systematisch ignorieren. Gegebenenfalls könnten die BRICS-Staaten ihre Kräfte bündeln, um die dafür notwendigen Vorschläge einzubringen.

Wohin könnte der neue UN-Hauptsitz verlegt werden?

Um der wachsenden Bedeutung einer aufstrebenden Weltgemeinschaft Rechnung zu tragen, böten sich verschiedene Standorte an, die für einen neuen Hauptsitz der Vereinten Nationen in Frage kämen: Man könnte an Mexiko und die Städte Puebla und Guadalajara denken, die über eine entwickelte Infrastruktur verfügen. Sicher böte auch Brasilien – entweder Rio de Janeiro oder Sao Paulo – eine weitere Möglichkeit. Südafrika wäre ein glaubwürdiger Kandidat mit Städten wie Kapstadt oder Durban als würdige Austragungsorte.

Indien, das bevölkerungsreichste Staat der Welt, würde durch eine Präsenz der UN aufgewertet – dazu kommt, dass Delhi und Bangalore über große internationale Erfahrung verfügen.

Quellen:

- [1] www.globenewswire.com/news-release/2023/04/13/2646465/28124/en/BRICS-Brazil-Russia-India-China-and-South-Africa-Snapshot-Report-2023-PESTLE-SWOT-Risk-and-Macroeconomic-Trends-Analysis.html
- [2] www.bloomberg.com/news/articles/2023-04-24/brics-draws-membership-requests-from-19-nations-before-summit?leadSource=uverify%20wall
- [3] impakter.com/brics-expansion-five-new-members-in-2023/
- [4] foreignpolicy.com/2023/04/24/brics-currency-end-dollar-dominance-united-states-russia-china/
- [5] press.un.org/en/2020/gal3623.doc.htm
- [6] www.reuters.com/article/us-iraq-security-un-zarif-idUSKBN1Z605T
- [7] www.presstv.ir/Detail/2021/09/17/666708/UN-letter-US-violation-obligations-headquarters-agreement
- [8] www.middleeasteye.net/news/does-us-have-power-bar-iran-un-general-assembly
- [9] www.npr.org/sections/thetwo-way/2014/04/11/301793898/congress-votes-to-bar-entry-to-irans-u-n-ambassador-nypost.com/2020/01/07/us-denies-visa-to-iranian-foreign-minister-barring-him-from-un-meeting/apnews.com/article/f25b08f14b4f47768596d55173148b55
- [10] www.washingtonpost.com/archive/politics/1988/11/27/us-denies-entry-visa-to-arafat/152ed8b4-2d9b-4f31-8acc-cbecb79b7098/
- [11] www.palestine-studies.org/en/node/1652211
- [12] apnews.com/article/russia-us-journalists-visas-un-lavrov-917f588cd90648f0efd8c117c1a14409
- [13] www.rt.com/news/575312-lavrov-ussc-reform-africa/
- [14] edition.cnn.com/2023/04/24/europe/russia-lavrov-un-meeting-intl/index.html
- [15] treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%2011/volume-11-I-147-English.pdf
- [16] www.un.org/en/about-us/history-of-the-un/san-francisco-conference
- [17] untappedcities.com/2021/05/19/united-nations-lake-success/
- [18] [A/371](#) contains the report of the Secretary-General regarding the US-UN Headquarters agreement including comments on the changes made to the original draft agreement.
- [19] [A/427](#) contains the report of the Sixth (or Legal) Committee to the General Assembly of the study of the agreement by the sub-committee on Privileges and Immunities.
- [20] [A/RES/169\(II\)](#) approved the agreement between the UN and the US regarding the UN Headquarters in New York.

Deutsche Übersetzung: UNSER MITTELEUROPA

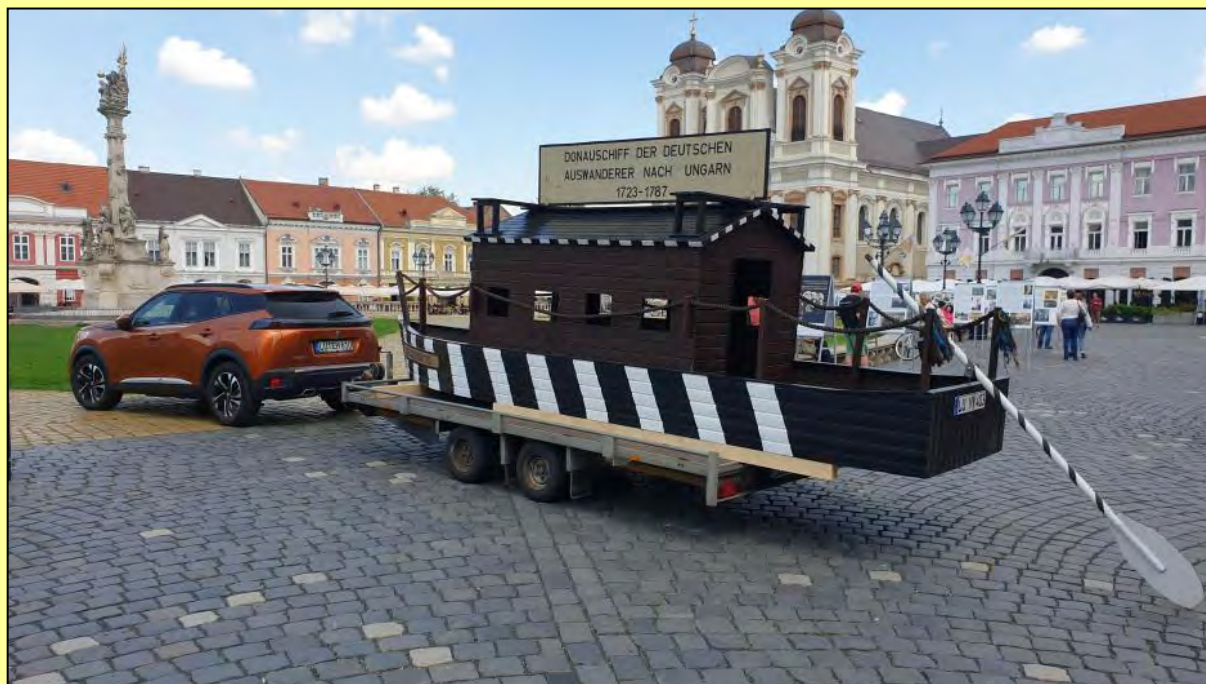
01. 05. 2023

Zum Autor: Alfred de Zayas ist Professor für Recht an der Genfer Hochschule für Diplomatie und diente von 2012 – 2018 als unabhängiger UN-Experte für die internationale Ordnung. Er ist der Autor von zahlreichen Büchern, darunter seine letzte Trilogie erschienen bei Clarity Press, 2021.

Quelle: <https://unser-mittleuropa.com/alfred-de-zayas-zum-vorschlag-die-un-aus-ny-zu-verlegen/>

Temeswar Kulturhauptstadt 2023:

„Fährt eine Ulmer Schachtel auf dem Landweg nach Temeswar“



Früher führen die Ulmer Schachteln auf der Donau ins Banat. Dieser Nachbau ist mit dem Auto zum Heimattag nach Temeswar gebracht worden.

Foto: Helmut Heimann

Ulmer Schachteln brachten einst Auswanderer ins Banat. Das dort gelegene Temeswar ist Europäische Kulturhauptstadt – und beherbergt eine nachgebaute Schachtel.

Statt wie früher auf der Donau kam eine Ulmer Schachtel auf dem Landweg mit dem Auto ins rumänische Banat. Den Nachbau hat der Banater Schwabe Erich Mayer aus Oggersheim in Deutschland gefertigt. Der aus Guttenbrunn (Zăbrani) im Kreis Arad stammende Mayer brachte sie mit seinem Wagen nach Temeswar, Europäische Kulturhauptstadt 2023. Dort wurde die Schachtel vor dem barocken Dom bei der Eröffnung der Heimattage der Banater Deutschen am ersten Juniwochenende aufgestellt. Inzwischen hat sie einen neuen, dauerhaften Platz gefunden.

Mit dem Aufstellen der Schachtel wurde gleichzeitig das 300-jährige Jubiläum der Besiedlung des Banats mit Deutschen unter den Habsburgern gewürdigt. Auf der nachgebauten Ulmer Schachtel steht deshalb 1723-1787. In jener Zeit kamen die meisten deutschen Auswanderinnen und Auswanderer mit den Ulmer Schachteln auf der Donau ins Banat. Es handelte sich trotz der Bezeichnung Banater Schwaben keineswegs bloß um Menschen aus Schwaben. Viele kamen aus dem Elsass, aus Lothringen und aus der Pfalz. Ulm war der Ausgangspunkt ihrer Reise auf der Donau. Die Stadt spielt noch heute eine wichtige Rolle, sie hat die Patenschaft für die Landsmannschaft übernommen und ist alle zwei Jahre Schauplatz des Heimattags am Pfingstwochenende. Auch die Verbindungen zwischen Ulm und Temeswar sind eng. 1990, kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, machten sich die ersten Hilfetrasporter des Deutschen Roten Kreuzes Ulm auf den Weg in die Stadt im Westen Rumäniens.

Banater Schwabe hat Ulmer Schachtel nachgebaut

Die nachgebaute Ulmer Schachtel ist sechs Meter lang, 2,80 Meter breit sowie 2,50 Meter hoch und hat wie einst die Ulmer Schachteln keinen Kiel, um auch bei niedrigem Wasserstand auf der Donau fahren zu können. Sie ist fünfmal kleiner als das Original, berichtet Helmut Heimann, der am Heimattag teilgenommen hat.

Keine der Ulmer Schachteln ist zurückgefahren. Bei der Ankunft wurden die Einwegfähren zerlegt und als Bau- und Brennholz verkauft. So wird auch diese Ulmer Schachtel in Temeswar bleiben. "Wir werden sie der Adam-Müller-Guttenbrunn-Stiftung zur Verfügung stellen", sagte Mayer bei der Übergabe an Helmut Weinschrott, den Leiter der Stiftung, die sie nach der Ausstellung auf dem Domplatz aber nicht zerlegen, sondern zur Erinnerung sowie schulischen und historischen Zwecken verwenden wird. Inzwischen ist sie in den Hof des Adam-Müller-Guttenbrunn-Hauses gebracht worden, wo sie auch in Zukunft zu sehen sein soll. Am Banater Heimattag nahmen auch Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch, Kulturbürgermeisterin Iris Mann und eine Delegation des Ulmer Gemeinderats teil. Czisch legte gemeinsam mit Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl einen Kranz nieder. (AZ/mase)“

Quelle: <https://www.augsburger-allgemeine.de/neu-ulm/ulm-temeswar-fahrt-eine-ulmer-schachtel-auf-dem-landweg-nach-temeswar-id66802901.html>

„Ex-Thyssen-Vorstandsvorsitzender Dieter Spethmann: Offener-Ukraine-Brief an die Bundestagsabgeordneten (von der FAZ wegzensiert)

[Hartmut Barth-Engelbart](#)

Veröffentlicht am [15. August 2014](#)

Wie weit die Gleichschaltung der Presse schon geht, mußte jetzt auch der Ex-Vorstandsvorsitzende der Thyssen AG erfahren, denn sein Offener Ukraine Brief an die Abgeordneten des deutschen Bundestages wurden beim "Exzelens-Medium" FAZ-Net wegzensiert:

(Habe von der Redaktion "eigentümlich frei" die freundliche Veröffentlichungsgenehmigung erhalten)

[Dokumentation: Krieg im Zeichen der EU](#)

von [Redaktion eigentümlich frei](#)

[Dieter Spethmanns Brief an deutsche Bundestagsabgeordnete](#)

14. August 2014

Am heutigen Donnerstag verfasste der Rechtsanwalt Dieter Spethmann, ehemals Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG, folgenden Brief an Abgeordnete des Deutschen Bundestages:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie können nicht an Ihren Arbeitsplatz zurückkehren, ohne zutiefst verunsichert zu sein wegen der Ukraine. Die dortige Regierung arbeitet, beschließt und zeigt sich tagtäglich ausdrücklich mit der Flagge der EU. Die Ukraine ist aber nicht Mitglied der EU. Da die EU dieser flagranten Verletzung des Völker- und Staatsrechts nicht widerspricht, muss sie das Handeln der Regierung Jazenjuk gegen sich gelten lassen – ein untragbarer Zustand. Ich schrieb deshalb der FAZ.NET heute wie folgt:

„Seit Monaten zeigen die deutschen Medien hinter dem Kiew-Ministerpräsidenten Jazenjuk die ukrainische Flagge und die der EU, obwohl die Ukraine nicht Mitglied der EU ist. Das Regierungshandeln in Kiew erfolgt also im Zeichen der EU, mithin mit Billigung der EU, auch der Krieg gegen die eigene Bevölkerung im Osten. Hat dagegen schon mal jemand im Namen der EU protestiert? Mir nicht bekannt. Oder im Namen der Bundesrepublik Deutschland? Mir auch nicht bekannt. Also akzeptiert man in Brüssel und Berlin zumindest stillschweigend, dass die Kiew-Regierung mit schwerem militärischen Gerät (Flugzeugbomben und Artillerie) gegen die eigene Bevölkerung vorgeht. Frau von der Leyen, von Frau Merkel wegen ‚Krieg oder nicht Krieg‘ offenbar im Besitz weitestgehender Vollmachten, sollte sich das Urteil des Nürnberger Gerichtshofes von 1946 ansehen. Es enthält nicht nur Todesurteile, sondern auch Maßstäbe, die bis heute gelten.“

Eben, also mitten am Vormittag, ist dieser Brief vom ‚FAZ‘-Zensor kassiert worden. Darüber sollten Sie sich als Politiker ebenso Gedanken machen wie über den Inhalt meines Leserbriefes.

Da ich mit einer solchen Möglichkeit gerechnet hatte, habe ich inzwischen einen weiteren Brief an die ‚FAZ‘ wie folgt eingereicht:

„Ist Regierungshandeln per se rechtmäßig? Natürlich nicht. Trotzdem wird immer wieder so getan, so beim Kiewer Putsch-Ministerpräsidenten Jazenjuk. Lässt man solche Leute gewähren, gleitet ihr Handeln erfahrungsgemäß leicht ins Kriminelle. Das führt Jazenjuk seit Monaten vor.

Beispiel eins: Auf dem ‚Majdan‘ wurden von Scharfschützen mindestens 150 Menschen getötet. Vielleicht hatten Putschisten ihre Hand im Spiel. Ist staatliche Aufklärung erfolgt? Nein.

Beispiel zwei: In Odessa wurden 40 oder mehr Bürger von Kiew-Anhängern in ein Haus getrieben und dann in Brand gesetzt. Ist staatliche Aufklärung erfolgt? Nein.

Beispiel drei: Der Abschuss des Fluges MH 17 mit rund 300 Toten am 17. Juli. Ist staatliche Aufklärung erfolgt? Vermutlich bis ins Detail hinein, aber dem Bürger bis heute verborgen geblieben.

Und jetzt also der Konvoi. Es ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, den leidenden ukrainischen Bürgern dessen Hilfe vorzuenthalten.

Wann fordern deutsche Politiker und Medien das Haager Tribunal?‘

Nach den gemachten Erfahrungen rechne ich auch bei diesem Leserbrief nicht mit einer Veröffentlichung. Das gibt mir umso mehr Anlass, Ihnen direkt und persönlich zu schreiben. Denn das Tun und Nichttun der Putsch-Regierung Jazenjuk enthält längst Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Mit verbindlichen Empfehlungen Ihr

Dieter Spethmann“

Quelle: <http://www.barth-engelbart.de/?p=12073>

Blick nach Osten: Kolumne von Prof. Thomas Wyrwoll

Berliner Eskalation:

BRD verfügt Schließung seiner Generalkonsulate in Rußland sowie der meisten rußländischen Vertretungen in Deutschland

Die Bundesregierung in Berlin hat ihre notorische Eskalationspolitik gegenüber Rußland nochmals um eine Stufe erhöht: Entwickelte es sich bereits bisher zu einer Art diplomatischer Gepflogenheit, Vertreter des jeweils anderen Staates als „persona non grata“ auszuweisen bzw. ohne konkrete Begründung für bestimmte Dienststellen in ihrer Anzahl zu beschränken – eine Unsitte, die vom Westen in die Welt gesetzt wurde –, schließt Berlin jetzt selber seine eigenen Generalkonsulate in Königsberg, Jekaterinburg und Nowosibirsk, so daß in der Rußländischen Föderation neben der Deutschen Botschaft in Moskau nur noch das Generalkonsulat in St. Petersburg als offizielle deutsche Geschäftsstelle verbleibt.

Möglichst nicht beschränken will die Ampelkoalition hingegen ihre „Kultureinrichtungen“, die sich mittlerweile leider zu einem großen Teil einschlägig zersetzungspropagandistisch betätigen. Zugleich forderte das Auswärtige Amt die russische Regierung ultimativ auf, „aus Reziprozitätsgründen“ vier ihrer fünf Generalkonsulate in der BRD bis zum Ende des Jahres aufzulösen.

Die simple Tatsache, daß die Zahl der deutschen Regierungsangestellten in Rußland doppelt so hoch ist wie die der russischen in der Bundesrepublik, fällt bei solcher Art Arithmetik naturgemäß unter den Tisch. Wie das russische Außenministerium in einer Erklärung mitteilte, hat es für Moskau nicht einmal die vom Berliner Pressesprecher bei der Verkündung der Nachricht behauptete Wahlmöglichkeit bei den Orten gegeben, da das Auswärtige Amt konkret die Vertretungen in Frankfurt am Main, Hamburg, Leipzig und München als zu schließen nannte – womit als rein konsularische Anlaufstelle bald nurmehr die ehemalige Sowjetische Botschaft in Bonn übrig ist.

Damit wird der für Rußland wie für Deutschland wirtschaftlich, ökologisch und kulturell immanent wichtige Austausch mit der jeweils anderen weißen Hauptmacht des Kontinents in erheblichem Umfang erschwert: Ein Rückgang der beiderseitigen Kontakte ist damit absehbar. Rußland nannte den Schritt eine eigentlich nicht vorstellbar gewesene Provokation, welche zeige, daß die Bundesregierung „im Eifer ihrer feindseligen Politik inzwischen jede Orientierung verloren“ habe.

Dies werde bei einer Nichtrücknahme der Entscheidung schwerwiegende Beeinträchtigungen der zwischenstaatlichen Beziehungen nach sich ziehen, wofür die Verantwortung allein bei der deutschen Seite liege. BRD-Außenministerin Annalena Baerbock, die als „Young Global Leader“ von US-Falken in ihr Amt gehievt wurde und sich seither sogar die Details ihrer Politik von einer zur Staatssekretärin ernannten amerikanischen Chefberaterin vorgeben läßt, hatte sich schon zuvor durchgängig als willfährige Vollstreckerin von antirussischen Anweisungen aus Washington betätigt und mit allem anderen als diplomatischen Anwürfen gegen Rußland das Verhältnis beider Länder torpediert.

Die desaströsen Angriffe der Außenministerin auf die deutsch-russischen Beziehungen sollen offensichtlich eine Zusammenarbeit der beiden großen weißen „Landmächte“ Eurasiens unterbinden, um so eine nach angloamerikanischer geopolitischer Lesart gebotene Dominanz der angelsächsischen „Seemächte“ aufrechterhalten zu können.

#

Bock zum Gärtner

BRD-Außenministerin Annalena Baerbock komplettiert nach der von ihr verfügten Schließung fast aller deutschen und russischen Konsulate im jeweils anderen Staat ihre Abrißarbeiten an den deutsch-russischen Beziehungen mit der Berufung eines neuen Botschafters in Moskau: Alexander Sebastian Léonce Freiherr von der Wenge Graf Lambsdorff ist zwar Vertreter eines baltischen Uradelsgeschlechts, das sich vor gut 200 Jahren auch in den russischen Grafenstand erheben ließ, seine Familie diente sich aber nach 1945 mit gleicher Inbrunst den neuen amerikanischen Herren an.

Schon Alexanders Onkel Otto war neben (oder rangmäßig vor?) seinem Amt als Wirtschaftsminister der Bonner Republik Mitglied der Trilateralen Kommission. Auch seinen Neffen Sascha zog es mangels gutbezahlter Alternativen in die Politik. Jung in die FDP eingetreten, brachte er es mit einem akademisch eher anspruchlosen Fulbright-Stipendium in Washington immerhin zu einem „Master“. Nach Praktika beim US-Unternehmensberater bzw. besser -ausschlachter McKinsey und der EU-Kommission sowie Posten bei der eigenen Partei ging er wie sein Vater Hagen, der eher ruhig als erster BRD-Botschafter in Riga und später als Gesandter in Prag amtierte, in den Auswärtigen Dienst, wo er ab 2003 in der politischen Abteilung als Länderreferent für Rußland wirkte.

Bereits 2004 wechselte er titel- und punktesammelnd ins EU-Parlament, bis er 2017 in den Bundestag einzog. In all diesen Positionen fuhr er einen strammen US-Kurs und war sich dabei nicht zu schade, selbst eine Einführung des Englischen als zweiter Amtssprache in Deutschland zu verlangen.

Als Mitglied der Trilateralen Kommission, der Atlantik-Brücke, der Europa-Union Deutschland und des *Transatlantic Policy Network*, Gründer einer „Atlantischen Initiative“ und Vorsitzender des Exekutivkomitees des „Europäischen Demokratiefonds“ tat sich schon lange vor dem neuerlichen Ukraine-Konflikt als unflätiger Rußland-„Basher“ hervor, der nach Beginn der militärischen Auseinandersetzungen wie ihm geheißenen für eine letztlich hinhaltende Hochrüstung des Kiewer Staates plädierte.

Wenn die ebenso einschlägig US-eingenordete Grünenpolitikerin Baerbock jetzt ihren parteiliberalen Zwillingsgrafen zum „Vertreter Deutschlands“ in Moskau berief, bestellte sie damit ohne Frage einen zweiten Bock zum Gärtner.

Unser Autor Prof. Dr. Thomas W. Wyrwoll ist Vorsitzender des Königsberger Arbeitskreises für Naturkunde und Ostpreußenforschung AV.

Bertha von Suttner: Folgen der Haager Friedenskonferenz

Schluß

Die wichtigsten Protagonisten auf der Haager Friedenskonferenz waren William T. Stead, Johann von Bloch, Jakov A. Nowikow, Alfred Hermann Fried und Bertha von Suttner. Deren aller Einfluß mußte „hinter den Kulissen“ stattfinden, denn sie waren nicht bei den Verhandlungen zugelassen, daher

„sahen sie ihre Hauptarbeit in der Information der Delegierten über die Friedensbewegung einerseits und der internationalen Presse andererseits. Suttner war eine der meistinterviewten Persönlichkeiten im Haag und nach Aussage Theodor Herzls, der nachgereist war, »der sozusagen inoffizielle Mittelpunkt des Ganzen«“ (Hamann, S. 167, Rekurs auf: Herzls Aufsatz in NFP, 13.06.1900).

Bei Frau von Suttner liefen somit die Fäden zusammen. Auch anfänglich skeptische Teilnehmer glaubten im Laufe der Verhandlungen „an die Möglichkeit eine internationalen Vereinbarung“ und es erwachte in der sechswöchigen Zusammenarbeit „ein Gefühl internationaler Solidarität“ (Hamann, S. 167).

Allen wurde klar, daß dieses Treffen der Beginn eines langwierigen Entwicklungsprozesses war, der auch von Rückschlägen gekennzeichnet werden wird: Der Vorschlag Rußlands – der wie erwähnt, dem Zaren besonders am Herzen lag –, „eines fünfjährigen Rüstungsstillstandes“ wurde abgelehnt (Hamann, S. 167).

Die zweite Kommission beschloß „ein Verbot von Dum-dum-Geschossen, Kampfgasen und des Bombenabwurfs von Ballons aus.“ Nach fünfjähriger Laufzeit wurde letzteres, durch die Flugzeugentwicklung bedingt, nicht mehr verlängert. Im Mittelpunkt stand allerdings das Rote Kreuz: Die „Genfer Grundsätze von 1864“ wurden auf den Seekrieg erweitert“ (Hamann, S. 167f.).

Substantiell Neues brachte die dritte Kommission; diese unterzeichnete „eine Konvention zur friedlichen Schlichtung internationaler Konflikte, eröffnete also den Weg für internationale Schiedsgerichte und Vermittlerdienste neutraler Staaten im Kriegsfall. Die Delegierten konnten auf den Vorarbeiten der Friedensbewegung, speziell der Schiedsgerichtsarbeiten der Interparlamentarischen Konferenz im Haag 1894, aufbauen“ (Hamann, S. 168).

Durch die Haager Konferenz bekam Frau von Suttner für ihr restliches Wirken einen bedeutenden Auftrieb, denn sie wurde nicht müde, auf die gefaßten Beschlüsse hinzuweisen:

„»Um in den internationalen Beziehungen die Anwendung von Gewalt so weit als möglich zu vermeiden, verpflichten sich die Signatarmächte, alle ihre Bemühungen anzuwenden, um die Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch friedliche Mittel herbeizuführen.« Die »friedlichen Mittel« waren: Einsetzung eines Schiedsgerichtes, Vermittlung, Untersuchungskommissionen“ (Hamann, S. 168, Rekurs auf: Suttner: Haager Friedenskonferenz, S. 300).

Aus ihrer persönlichen Perspektive kritisierte sie das Deutsche Reich und seine Verbündeten:

„»Tatsache ist, daß in der Schiedsgerichtssache die positiven Anträge von den Delegierten Rußlands, Amerikas und Englands auf den Tisch gelegt, von Frankreich . . . und auch mehreren anderen Staaten unterstützt und ausgebreitet wurden, während Deutschland, Österreich, die Türkei und Rumänien nur mit der Bremse tätig waren«“ (Hamann, S. 168, Rekurs auf: Suttner: Zur nächsten Internationalen Konferenz in Haag, Berlin 1907).

Sie gab auch Deutschland die

„volle Schuld an der relativen Erfolglosigkeit der Haager Konferenz: »Es ist wirklich unerhört, wie Deutschland auf der Konferenz vertreten war – und jetzt wagen es die deutschen Blätter über einen Mißerfolg zu höhnen, der, wenn er wahr wäre, doch nur ihre Schuld wäre . . . «“ (Hamann, S. 168, Rekurs auf: Brief an Fried vom 4.09.1899).

Fortsetzung auf S. 9

Fortsetzung von S. 8

Hier muß man der späteren Friedensnobelpreisträgerin schon eine gewisse Blauäugigkeit attestieren. Auch auf der Friedenskonferenz zeigte sich die europäische Blockbildung vor dem Ersten Weltkrieg in Reinkultur: Die Mittelmächte sahen sich bereits vor dem Abschluß der englisch-französischen Entente 1904 einem Block der Weltmächten Großbritannien, Frankreich und Rußland auf internationalen Konferenzen gegenüber. Diese Tendenz sollte sich im Laufe der nächsten Jahre noch verstärken und ihren Höhepunkt in der Isolation Deutschlands und Österreich-Ungarns auf der Marokko-Konferenz von Algeciras erreichen.

Diese einseitige Sicht der Dinge vertrat Frau von Suttner bis an ihr Lebensende kurz vor dem Ersten Weltkrieg: „Ihr Leben lang räsonierte sie nicht nur gegen die Politik Wilhelms II. und seiner Militärs, sondern auch gegen die ihrer Meinung allzu nationalistiche Haltung deutscher Gelehrter, die so »furchtbar g'scheidt« aufträten – »wie die ganze deutsche Sozialdemokratie und deutsche Gelehrte und deutsche Diplomaten – alle sind zu stolz, um etwas mit ‚diesen Leuten‘, die den Frieden wollen – nicht auf Umwegen, sondern direkt durch para-pacem-Wege zu tun haben«“ (Hamann, S. 168f., Rekurs: Brief an Fried vom 22.08.1903).

Auch mit dem Vertreter Österreich-Ungarns, dem Völkerrechtler Heinrich Lammasch, ging Bertha hart ins Gericht, dieser, davon überzeugt, daß es immer Kriege geben wird, „konzentrierte sich als Völkerrechtler auf juristische Vermittlungswege wie das Internationale Schiedsgericht – dies war wohl das einzige Gebiet“ auf dem sich beide einig waren. Auch später noch polemisierte sie über die „Völkerrechtsprofessoren: »Überhaupt vor zu viel Juristerei müssen wir uns hüten«, mahnte sie 1911 Fried (19.11.1911), und 1912: »Das sogenannte ‚Völkerrecht‘ – trockene Juristerei – paßt nicht in die Friedensbewegung, ungefähr so wenig wie das Rote Kreuz«“ (Hamann, S. 169, Rekurs auf: Brief an Fried vom 19.02.1912).

Kurz vor ihrem Tod – ein paar Wochen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 – lesen wir in Frau von Suttners Tagebuch: „»Die Völkerrechtslehrer werden den Pazifismus erdrosseln«“ (Hamann, S. 169, Rekurs auf: Brief an Fried vom 23.08.1901).

Dieser letztgenannte Begriff wurde eine der wenigen Neuerungen der Haager Konferenz; Frau von Suttner konnte sich richtig ergötzen: An Fried schrieb sie „im August 1901: »‘Pazifist‘ – merken Sie den Ausdruck und adoptieren sie ihn! Genug mit den *Friedensfreunden* und mit der *Friedensbewegung*. Pazifismus heißt es fortan – ebenbürtig den überbringen ‚ismen‘ Sozialismus, Feminismus etc. Die Idee stammt von E. Arnaud, wurde in der *Indépendance Belge* lanciert und ich finde sie so vortrefflich, daß ich fortan nur mehr Pazifistin bin«“ (Hamann, S. 169, Rekurs auf: Brief an Fried vom 23.08.1901). Fried selber nutzte den Begriff entsprechend in seiner Zeitschrift *Friedenswarte*.

Die alten Friedensfreunde und die neuen Pazifisten warteten auf positive Ergebnisse der Haager Friedenskonferenz. Hierzu die Historikerin Brigitte Hamann: „Wie zum Hohn wurde das deutsche Flottenprogramm forciert“ (S. 169). Aus der Sicht der Friedensbewegung war der Zar vom deutschen Kaiser besiegt worden. Frau von Suttner baute weiter auf eine neuen russische Friedensinitiative.

Für Bertha von Suttner persönlich brachten diese vermeintlichen Mißerfolge Spott und das Attribut »Friedensbertha« ein. Sie mußte sich später eingestehen,

*„so bei einem Vortrag in München: »wie ein weiterer Hohn erscheint das Rüsten überall. Kriegsfieber, Flottenfieber, Imperialismusfieber. Statt internationaler Verständigung bis zum Paroxysmus getriebene fanatisch-nationale Absonderung [. . .] Zu weit vorgedrungen war das Neue – das Alte nimmt jetzt seine Revanche und betätigt sich leidenschaftlich [. . .]« Die Schuld könne man nicht den Pazifisten geben: »Die organisierten Friedensvereine taten, was sie konnten. Aber Sie können eben nicht viel«“ (Hamann, S. 170, Rekurs auf: Suttner: *Krieg und Frieden*, München o.J., S. 33f.).*

Die harten Realitäten der internationalen Beziehungen wurden nur ein paar Monate nach der Haager Konferenz im Ausbruch des Burenkrieges sichtbar: Großbritannien unterwarf sich Mitnichten der Schlichtung durch ein neutrales Schiedsgericht. Alle Friedens-Apelle und -Initiativen, alle Vermittlungsversuche versagten: Der Krieg zog sich bis zur bitteren Niederlage der Buren hin. Das Empire verfolgte seine imperialistischen Ziele im *Zwiespalt* zu den hehren Versprechungen seiner Eliten: Parallelen zum heutigen Ukraine Konflikt sind rein zufälliger Art . . .

Fortsetzung auf S. 10

Fortsetzung von S. 9

Bertha von Suttner zieht Bilanz:

„Der große Burenbettelkreuzzug zeigt nun, was die Folgen des Krieges waren. Was wäre erst für eine Wüstenei geschaffen, wenn in Europa ein großer Krieg ausbräche? Ob sich so etwas je wieder gut machen läßt. Dreißig Millionen Pfund Sterling braucht man, um das afrikanische Elend zu lindern. Um es zu verhüten, gab niemand etwas her. Dumme Welt!« (Hamann, S. 171, Rekurs auf: Brief an Fried 26.09.1902).

Das Deutsche Reich hatte versucht, für die Buren zu vermitteln, wollte sogar diesen militärischen Beistand leisten: All dies scheiterte an dem britischen Ziel der Beherrschung der Seewege um das Kap und an der übermächtigen Grand Fleet. Für das Reich war dies ein weiteres Argument für den Ausbau seiner Hochseeflotte; all dies paßt nicht in die alliierte Darstellung der Geschichte dieser Welt.

Mit dem Anbruch des neuen Jahrhunderts nahmen die bewaffneten Konflikte *nicht* ab, im Gegenteil, es folgte der Boxeraufstand in China mit der Intervention der Großmächte und:

„Nicht zuletzt der von Suttner so verehrte »Friedenszar« Nikolaus II. tat sich in seiner Interessensphäre, der Mandschurei, als Eroberer besonders grausam hervor. Die Friedensgesellschaften hielten sich in diesem Punkt mit Kritik zurück – und verloren dadurch manche Sympathien“ (Hamann, S. 172).

Bertha von Suttners Lebenswerk war Friedensstiftung, seit den 1880ern war sie in ständigem Austausch mit Alfred Nobel: Beide waren Friedensaktivisten. Allerdings, und darauf kann hier leider nicht im Detail eingegangen werden, verfolgten beide anderen Weg:

„Nobel setzte auf Abschreckung – nicht durch ständige Aufrüstung, sondern durch die Schrecknisse eines neuen Kriegsmittels, das die Angst vor einem Krieg so gewaltig machen müsse, dass sich kein Machthaber mehr bereit finden sollte, einen Krieg zu beginnen [. . .]

Sie versuchte, Nobel von ihrer Meinung zu überzeugen, Krieg nicht durch Abschreckung unmöglich zu machen, sondern im Gegenteil durch internationale Vereinbarungen, Verhinderung der Kriegsursachen, Abbau von Feindbildern, internationale Verständigung und Verflechtung auf breitester Ebene, durch einen großen Propagandafeldzug für die Bevölkerung in allen Ländern“ (Hamann, S. 217)

Auf Berthas Wirken hin wurde der Friedensnobelpreis von Alfred Nobel gestiftet. Diesen erhielt sie für das Jahr 1905. Bereits der erste Friedensnobelpreisträger 1901, Henri Dunant (diesmal zusammen mit Frédéric Passy), schrieb ihr:

„Dieser Preis, gnädige Frau, ist Ihr Werk, denn sie sind es, durch die Herr Nobel in die Friedensbewegung eingeweiht worden, und auf Ihr Zureden hat er sich zu deren Förderer gemacht“ (Hamann, S. 231, Rekurs auf: Stadt- und Universitätsbibliothek Genf, 11.12.1901).

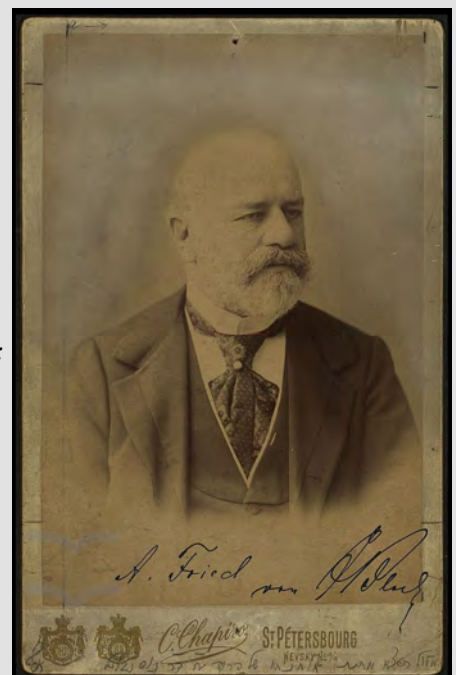
Bertha von Suttner, eine begnadete Schriftstellerin und Friedensaktivistin, erlebte den Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht mehr. Verhindern konnte diesen weder das Zarenmanifest, noch die Friedensnobelpreisträger. Und auch der Völkerbund und die UN haben noch kein schlüßiges Friedenskonzept entwickelt, das zwischenstaatliche Konflikte im Vorgriff auf dem Verhandlungswege löst. Wie der Ukrainekrieg erneut zeigt, ist das Bestehen beider Seiten auf einen Siegfrieden die denkbar schlechteste Alternative.

Bild: Johann von Bloch, der russische „Eisenbahnkönig“, Bankier und Friedensaktivist, Teilnehmer an der 1. Ersten Haager Friedenskonferenz 1899 (Quelle: Wikipedia, Abruf: 2.Juli 2023)

Literatur

Brigitte Hamann: Bertha von Suttner: Kämpferin für Frieden, Bildauswahl und Redaktion von Brigitte Hamann, Wien 2013.

Herbert Karl



Die Reichsgründung 1871: Die Emser Depesche und der Deutsch-Französische Krieg

Schluß

In der badischen Öffentlichkeit, in den liberalen Medien (Presse, Broschüren und Flugschriften) tauchte nach dem Sieg Preußens von Königgrätz quasi als Gegenreaktion zu den andauernden *Kompensationsforderungen* Frankreichs der deutsche Anspruch auf die französischen Provinzen Elsaß und Lothringen auf. Inwieweit diese Kampagne vom Büro Bismarcks gesteuert wurde, ist nicht eindeutig zu ermitteln.

In Rekurs auf die „N. fr. Pr.“ (Neue Freie Presse) aus Wien brachte der *Pforzheimer Beobachter* am 17. August 1866 folgende Nachschrift:

„Wir haben es immer gesagt: Das französische Geschrei nach der Rheingränze, diese ständige Beleidigung Deutschlands, wird nicht eher aufhören, als bis die Franzosen anfangen – für die Vogesengrenze zu fürchten! Und die ersten Anzeichen dieser Furcht sind schon unterwegs.“

Somit waren die *Vogesengrenze* und Metz, mit oder ohne preußische Inspiration, noch während den Friedensverhandlungen mit Süddeutschland und Österreich – Mitte August 1866 – im Gespräch! Dies wurde noch durch die Meldung aus Paris des *Pforzheimer Beobachter* vom 13. August in der gleichen Ausgabe unterstrichen:

„Es scheint, daß in einem süddeutschen Blatte von Elsaß und Lothringen die Rede gewesen ist. Wir möchten dies nicht billigen, da es schließlich zu nichts Gutem führen kann, die öffentliche Meinung in Frankreich herauszufordern. Sieht man jedoch von dem Punkte der Opportunität ab, so läßt sich allerdings behaupten, daß die natürlichen Grenzen Frankreichs vielmehr die Vogesen sind, als der Rhein. Ueberhaupt kann ein Fluß oder ein Strom wohl als eine vorteilhafte strategische Linie, niemals aber als eine natürliche Grenze reklamiert werden. Die Sprache kennzeichnet die Völker; aber man zeige uns auf der Karte von Europa auch nur Einen Fluß, an dessen Ufer nicht eine und dieselbe Sprache gesprochen würde; während sie nachweisen ließe, daß an den Abhängen fast aller Gebirgszüge, wenn auch nicht verschiedene Sprachen so doch verschiedene Idiome herrschen. Neben den Meeren können daher nur die Gebirgszüge als natürliche Grenzen betrachte werden und schon deshalb sollten die Franzosen, die jetzt wieder nach ihren natürlichen Grenzen schreien, sich nicht gar zu sehr darüber ärgern, wenn Stimmen in Deutschland die Zurückführung Frankreichs auf seine wirklichen natürlichen Grenzen verlangen.“

Ein mit S. M. signierter Kommentar aus der französischen Hauptstadt vermerkt anschließend:

„Deutsches Gebiet zu erlangen, ist nicht so leicht, wie die Franzosen es sich vorstellten. Man scheint selbst in den maßgebenden Kreisen nicht bedacht zu haben, daß es sich bei der Abtretung Saarbrückens oder Landaus nicht nur um eine an sich ziemlich unwichtige Gebietsfrage handelt, sondern daß dabei vor allen Dingen mit dem nationalen Ehrgefühl Deutschlands gerechnet werden müsse. Die Phrase von dem Uebergewicht Frankreichs ist hier überall so sehr zu einem Axiom geworden, daß man sich allen Ernstes einbildet, dasselbe sei ein wahrer Segen und eine Nothwendigkeit für die ganze Welt, und andere Nationen müßten bereit sein, Opfer für dasselbe zu bringen.“

In einem Interview des *Daily Telegraph* (laut dem *Pforzheimer Beobachter* vom 3. Oktober 1867), sagte Bismarck, auf die Wahrscheinlichkeit eines europäischen Krieges angesprochen: Preußen würde

„Frankreich nie angreifen, und wenn Frankreich sich von seinem Staunen und seiner Ueberraschung über die Aussicht auf Vollendung der deutschen Einheit erholt hat, wird es einsehen, daß dieses Ziel, selbst wenn in seiner weitesten Bedeutung erreicht, in keiner Weise seinen Nationalstolz noch seine Machtstellung auf dem Continent bedroht.“

Andererseits brachte bereits ein Jahr später (1. November 1868) die *Freiburger Zeitung* auf ihrer ersten Seite eine Einschätzung der *feindlichen Haltung des Kaiserreichs*, wenn sie unter dem Titel *Zur Politik des Bonapartismus* schreibt:

„Die Feindseligkeiten der französischen Tagespresse gegen Preußen kommen, da die Pariser Journale meist auf Commando arbeiten, mithin ganz entschieden auf Rechnung der kaiserlichen Regierung, und dadurch wird die Stellung des neugeeinten Deutschlands unendlich erschwert, welches, die ernstlichen Provokationen der offic[i]ösen Pariser Presse, über sich ergehen lassend, allzu leicht in den Verdacht der Zaghaftigkeit kommen würde, bei dessen Fortsetzung es sogar die beabsichtigte Wirkung seiner standhaften Friedfertigkeit compromittiren könnte, wenn nicht dann und wann ein ernstes Wort, wie das in Kiel gesprochene, die Welt über den wahren Grund der deutschen Gelassenheit außer Zweifel setzt.

Wenn eben ein Wort, welches den Gegner auffordert, Farbe zu bekennen, hinreicht, um diesen zu veranlassen, daß er das Kriegsspiel für den Augenblick aufgibt: wie kommt es, daß nach kurzer Pause, das Spiel aufs Neue versucht wird?

Gehört es zu dem System der bonapartistischen Politik, daß ihm mindestens die Möglichkeit des Krieges offen gehalten werde? Man kann, nach Allem, was vorgegangen ist, nicht umhin, die Frage zu bejahen.“

Hier nimmt die badische offiziöse Presse die Einigung Deutschlands schon fast vorab, stellt sich hinter Preußen, ja, fühlt sich durch die Kieler Rede Bismarcks sogar sicher unter dessen Fittichen; andererseits zeigt sich aber gerade aus dieser Meldung – um eine solche handelt es sich, da sie unter der damals üblichen Rubrik *Politische Uebersicht* lief –, wie beide Seiten schon einen Krieg einkalkulierten. Gab es aus deutscher Sicht, angesichts der französischen Widerstände und Aktionen gegen die deutsche Einheit noch andere Alternativen?

Ab August/September 1866 beginnt ein neuer Krisenherd die Öffentlichkeit in Europa zu beschäftigen: Spanien schlitterte in eine Wirtschaftskrise, die u. a. auf die Baumwollknappheit, ausgelöst durch den amerikanischen Bürgerkrieg 1861, zurückzuführen war. Die wirtschaftliche Krise führte 1868/70 zu einer politischen.

Auf die innenpolitischen Zusammenhänge, die auf französischer Seite zum deutsch-französischen Krieg führten, kann hier im Detail nicht eingegangen werden. Erwähnt muß allerdings werden, daß Napoleon III. aus Prestigegründen sowie aus den außenpolitischen Niederlagen (Mexikoabenteuer, Luxemburgkrise, Kirchenstaatproblematik und zuletzt der gescheiterte belgische Eisenbahnerwerb) durchaus unter Druck geraten war.

Bereits in der Eröffnungsrede zur Sitzungsperiode am 15. Februar 1867, sagte Napoleon, er hätte nach Königgrätz kein Regiment mobilisiert, und „dennoch hatte die Stimme Frankreichs genug Einfluß, um den Sieger vor den Toren Wiens aufzuhalten.“ Im Anschluß daran wurden ihm von der Presse und der Opposition, insbesondere Adolphe Thiers, die begangenen Fehler vorgehalten: Er habe „tatenlos zugesehen,“ wie Preußen eine Machterweiterung betreibe, „die uns schwer in eine Verbindung mit den Süddeutschen Staaten einmünden könne (Wilms, S. 229).

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 11

In Spanien stellte sich ab 1868 auch noch die Frage der Thronfolge: Unter den vom spanischen Parlament ins Auge gefaßten Thronprätendenten befand sich auch Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, der katholischen Nebenlinie der preußischen (protestantischen) Hauptlinie. Im geschichtsbewußten Frankreich kamen die Befürchtungen eines Zweifrontenkrieges der Ära Karls V. hoch; entsprechend warnte Napoleon III. die preußische Führung, einer Kandidatur Leopolds zuzustimmen. Rußland und England maßen der Thronfolge kein besonderes Gewicht bei.

Für Bismarck, der die französische Innenpolitik genauestens verfolgte, kam das Hochspielen der spanischen Thronfolgefrageangelegenheit recht, um dem machtbesessenen Kaiser Schwierigkeiten zu bereiten und gleichzeitig die ungelöste Frage der Vollendung der Deutschen Einheit zu einem Ende zu führen.

Wilhelm I. von Preußen, als Chef des Hauses Hohenzollern, wollte eher deeskalieren und riet zu einer Rücknahme der Bewerbung Leopolds, die durch letzteren auch im April 1870 erfolgte.

Am 8. Mai fand in Frankreich ein Plebiszit statt, das entschied, daß der Senat und die Abgeordnetenkammer sich das Recht erhielten, die Minister direkt zu „interpellieren,“ d.h. zu einer Interpellation (Erklärung) zwingen. Dies führte dazu, daß deren Demontage und damit der Regierung Napoleons zu befürchten war: Dies stärkte die antipreußische Partei und Antoine Duc de Gramont, der grundsätzlich gegen die deutsche Einigung war, wurde Außenminister.

Bismarck reagierte auf diese Entwicklung, indem er erneut die Kandidatur Leopolds „lancierte.“ Napoleon reagierte prompt: Er erklärte in der Presse, „ein Hohenzollern-Prinz auf dem spanischen Thron bedeute für Frankreich den Krieg.“ Österreich warnte Berlin und Madrid vor einer weiteren Eskalation. Wilhelm I., von der Hohenzollern-Kandidatur nicht gerade begeistert, wurde durch die neue Kehrtwende

„im Mai 1870 überrascht und angesichts der Kriegsgefahr durchaus bereit, einen dauernden Verzicht auszusprechen. Dies aber war für die französische Seite nicht genug. Benedetti, der französische Botschafter reiste nach Bad Ems, verlangte dort eine Audienz beim Monarchen und hatte nun die Forderungen des französischen Außenministers Gramont nach einer Garantie gegen eine mögliche Wiederholung zu überbringen. Die französische Regierung wollte einen Triumph, Preußen sollte eine diplomatische Ohrfeige erhalten. Wilhelm I. reagierte sehr ruhig und lehnte rundweg ab“ (Stürmer, S. 163).

Das chiffrierte Telegramm, die sogenannte *Emser Depesche*, traf am 13. Juli 1870 in Berlin ein. Nach Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ saßen Kriegsminister von Roon, der Generalstabschef von Moltke und er selbst „in tiefer Niedergeschlagenheit“ vor der neuen Nachricht, bis Bismarck „eigenhändig das Telegramm zusammengestrichen und sogleich veröffentlicht habe, wie aus einer Schamade eine Fanfare geworden sei, diese Darstellung ist Fabel“ (Stürmer, S. 163f.).

Die Juli-Krise kam für die deutschen Regierungen überraschend, denn es gab Anzeichen einer gewissen Entspannung in den gegenseitigen Beziehungen. Auf dynastischen Verwicklungen und das diplomatischen Desaster Frankreichs im Zuge der Emser Depesche kann hier nicht eingegangen werden.

Ob sich Bismarck 1870 in einer Zwangslage befand, die nur in der Flucht nach vorne, im Krieg mit Frankreich ihrer Lösung harpte, wird in der Forschung noch immer, wenn auch mit fallender Intensität diskutiert. Sicherlich spräche einiges dafür, die Entscheidung mit dem ‚Erzfeind‘ zu suchen, aber ebenso gewichtige Gegenargumente ließen sich finden.

Bezüglich der Absichten Napoleons, meint Oncken (S. 14f.) „Nizza und Savoyen deckten nach der italienischen Seite, die belgische Neutralität schützte gegen einen Angriff vom Norden: auf der Linie Mainz bis Köln aber seien Grenzverbesserungen unerlässlich, mit anderen Worten, er habe die Pfalz und das linke Rheinufer im Auge;“ all dies wird durch spätere Akten bestätigt.

Bei aufmerksamen Zeitungslesern konnte und mußte, das anhaltende Bestehen auf Kompensationen, zum gleichen Schluß führen. Napoleons Credo, im April 1860 seinem Gesandten in Berlin, Marquis Moustier, gegenüber:

„Aber ich träume nicht von Eroberungen, ich will friedlich und allmählich vorgehen, ich will zu meinem Ziel kommen durch freundlichen Meinungs-austausch und durch Ententen“ (Oncken, S. 15 rekurriert hier auf den Gesandten Belgiens, Baron Beyens.).

Die Frage, ob Bismarck mit der spanischen Thronfolge einen Krieg mit Frankreich provozieren wollte, ist in der Forschung umstritten: Dies führt dazu, daß die Diskussion und die Interpretation der Emser Depesche sich hervorragend für eine *lehrbuchartige* Aufbereitung, die oft aber in antideutschen Mustern erfolgte und erfolgt, eignet.

Die süddeutschen Partikularisten erkannten den *Zollverein* schon früh als eine »Daumenschraube« (Nipperdey, S. 55), Frankreich sah diesen als *Motor der deutschen Einigung*: Die wirtschaftlichen und politischen Zwänge entwickelten eine Eigendynamik, der sich Bismarck staatsmännisch geschickt bediente.

Josef Becker hat in mehreren Büchern und Beiträgen den Nachweis erbracht, daß Bismarck bewußt und in voller Absicht die spanische Thronfolge benutzte, um Frankreich in die Julikrise 1870 zu führen und zu treiben, so den deutsch-französischen Krieg auszulösen.

Der Widerstand süddeutscher Partikularisten aus dem demokratischen und katholischen Bereich, teils in Anlehnung an Österreich und/oder Frankreich gegen ein durch Preußen dominiertes Deutschland, endete mit der Vollendung Kleindeutschlands. Mit dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges kippte die Stimmung auch in Süddeutschland: Bei einer spontanen Kundgebung in Karlsruhe am 6. August 1870 dankte man Napoleon III. für die Einigung Deutschlands.

Das seit dem Westfälischen Frieden faktische Hineinregieren der Großmächte in die deutsche Frage, das Pochen auf der deutsche *Libertät*, das Bestehen auf dem Gleichgewicht der fünf Mächte, der Pentarchie, in Europa endete mit dem Befreiungsschlag Bismarcks, mit der preußischen Hegemonie über das kleindeutsche Reich.

Hiermit endet auch unser Rückblick auf die Reichgründung 1871, der aus der derzeitigen Geschichtsvergessenheit der deutschen Politeliten geboren wurde.

Literatur

Hermann Oncken: Napoleon III. und der Rhein. Der Ursprung des Krieges von 1870/71, Berlin; Leipzig 1926;
Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992;
Michael Stürmer: Das ruhelose Reich. Deutschland 1866 – 1918, (=Siedler Deutsche Geschichte), Berlin 1994;
Johannes, Wilms: Napoleon III, Frankreichs letzter Kaiser, Darmstadt 2008.

Herbert Karl



